



## **Sitzungsniederschrift**

Gremium : **Haupt- und Finanzausschuss**

Sitzungsort : **Großer Ratssaal**

Sitzungstag : **Montag, 18.02.2008**

Sitzungsbeginn : **17:00 Uhr**

Sitzungsende : **18:40 Uhr**

### **Vorsitz**

Herr Bürgermeister Helmut Predeick

### **Teilnehmer**

Herr Oliver Bäumker  
Frau Monika Bushuven  
Herr Johannes-Heinrich Gresshoff  
Herr Heinz Junkerkalefeld  
Herr Winfried Kaup  
Herr Karl-Friedrich Knop  
Frau Beatrix Koch  
Frau Barbara Köß  
Herr Peter Kwiotek  
Frau Elisabeth Lesting  
Herr Ralf Niebusch  
Herr J.-Francisco Rodriguez  
Herr Paul Tegelkämper  
Herr Hans-Gerhard Voelker  
Frau Maria Wieschmann

### **Verwaltung**

Herr Klaus Aschhoff  
Herr Heinz Becker  
Herr Reinhold Becker  
Frau Kirsten Beermann  
Frau Mechthild Gröver  
Frau Elke Hamacher-Jestadt

Herr Frank Hauke, Techn. Beigeordneter  
Herr Ulrich Hölken  
Frau Bettina Jathe  
Herr Michael Jathe, Erster Beigeordneter  
Herr Ludger Junkerkalefeld  
Herr Helmut Kröger  
Herr Andreas Langer  
Herr Hans-Peter Mülders  
Herr Markus Rhein-Schomburg  
Herr Bernhard Rose  
Herr Dieter Rüschoff  
Herr Jakob Schmid  
Herr Frank Siemer  
Herr Norbert Tigges  
Herr Karl-Bernd Wiegard  
Herr Thomas Wulf

**Schriftführer**

Herr Johannes Stür

## Inhaltsverzeichnis

<b>Öffentliche Sitzung</b>	<b>Seite:</b>
1. Befangenheitserklärungen	4
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 29.10.2007	4
3. Bestellung eines neuen Schriftführers Vorlage: B 2008/011/1176	4
4. Beratung der Haushaltssatzung 2008	4-15
5. Förderrichtlinie der Stadt Oelde zu Vergabe freiwilliger kommunaler Finanzzuschüsse an die Oelder Schulen Vorlage: B 2007/400/1138	15-16
6. Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 17 + 3 "Heidekamp" Vorlage: B 2007/610/1168	16-17
7. Interregionales Gewerbe- und Industriegebiet der Kommunen Herzebrock- Clarholz, Oelde und Rheda-Wiedenbrück, hier: 2. Bauabschnitt - Bebauungsplan Nr. 105 "AUREA" der Stadt Oelde A) Einleitungsbeschluss B) Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit C) Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden Vorlage: B 2007/610/1169	17-19
8. Verschiedenes	19
8.1. Mitteilungen der Verwaltung	19
8.2. Anfragen an die Verwaltung	20

Herr Bürgermeister Predeick begrüßt die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses und die Zuhörer sowie Frau Haunhorst von der „Glocke“. Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde, der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist und keine Anträge zur Tagesordnung vorliegen. Anschließend eröffnet er die Sitzung.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1. Befangenheitserklärungen**

Es erklärt sich niemand für befangen.

#### **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt Kenntnis.

### **2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 29.10.2007**

#### **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss genehmigt einstimmig die Niederschrift der Sitzung vom 29.10.2007.

### **3. Bestellung eines neuen Schriftführers Vorlage: B 2008/011/1176**

Gemäß §§ 59 i.V.m. 52 Abs. 1 Gemeindeordnung NRW i.V.m. §§ 24, 26 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Oelde ist über die im Haupt- und Finanzausschuss gefassten Beschlüsse eine Niederschrift aufzunehmen. Hierfür sind Schriftführer vom Haupt- und Finanzausschuss zu bestellen.

Nach dem Ausscheiden von Frau Regina Haferkemper aus dem Allgemeinen Steuerungsdienst schlägt die Verwaltung vor, Herrn Johannes Stürer als Schriftführer zu bestellen.

#### **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Oelde bestellt einstimmig gemäß §§ 59 i.V.m. 52 Abs. 1 Gemeindeordnung NRW i.V.m. §§ 24, 26 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Oelde Herrn Johannes Stürer zum Schriftführer.

### **4. Beratung der Haushaltssatzung 2008**

Herr Bürgermeister Predeick führt kurz in die Haushaltsplanberatung ein. Er betont, dass die Umstellung zum NKF sowohl für die Verwaltung als auch für die Politik eine zu bewältigende Neuerung darstelle und dass die Verwaltung den Fraktionen in den letzten Wochen und Monaten stets für Anfragen zur Thematik und zur Haushaltssatzung zur Verfügung gestanden habe. Weiterhin erinnert Herr Bürgermeister Predeick daran, dass in der heutigen Sitzung lediglich Fragen und Anträge zur Haushaltssatzung eingebracht werden sollten. Diese würden gesammelt und, falls eine Antwort in der heutigen Sitzung nicht möglich sei, bis zur nächsten Sitzung beantwortet werden. Die Beschlüsse über die Änderungsanträge sollten in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses gefasst

werden. Dies sei in den vergangenen Jahren die gängige Vorgehensweise gewesen. Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses sind hiermit einverstanden.

Im Folgenden stellt Herr Rose die Kernaussagen des Haushaltes 2008 dar. So seien in der mittelfristigen Finanzplanung die Haushalte 2008 bis 2011 unter Berücksichtigung der Ausgleichsrücklage strukturell ausgeglichen. Der Stadt Oelde drohe somit auch in den kommenden Jahren kein Haushaltssicherungskonzept. Weiter seien in diesem Jahr keine Kreditaufnahmen geplant. Zudem werde im Jahr 2008 eine Sondertilgung in Höhe von 400.000,- EUR getätigt. Auch die Steuerhebesätze der Stadt werden sich in diesem Jahr nicht erhöhen, erklärt Herr Rose weiter. Anschließend erläutert er die Änderungsliste der Verwaltung zum Haushaltsplanentwurf (siehe Anlage 1 zu TOP 4).

Herr Niebusch fragt an, warum im Haushaltsentwurf (auf Ebene der Produktbereiche) der Stand der Schuldenentwicklung Ende 2007 (48.088.242,- EUR; S. 38) von dem voraussichtlichen Stand zum 01.01.2008 (46.192.143,89 EUR; S. 195) abweiche. Herr Bürgermeister Predeick und Herr Rose erklären, dies prüfen zu wollen.

Herr Niebusch fragt außerdem, ob es hinsichtlich der Unternehmenssteuerreform Neuerungen gäbe. Herr Rose erklärt, dass dies bislang nicht der Fall sei und davon ausgegangen werden könne, dass der veranschlagte Ansatz der Gewerbesteuer erreicht werde.

Frau Köß fragt bezüglich der auf S. 3 der Änderungsliste erfassten Planungsstelle 06.02.01 / 5314001 – „Aufwendungen für Zuweisungen an öffentliche Bereiche“ – an, wodurch der in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 14.02.2008 beschlossene Mehraufwand in Höhe von 9.500,- EUR zu begründen sei. Herr Kröger erklärt, dass sich die 9.500,- EUR aufteilen in 4.500,- EUR für die Aufrechterhaltung eines kreisweiten Beratungsangebotes, welches alle Jugendämter im Kreis anbieten, sowie eine Aufstockung von zwei auf drei Arbeitskräfte in diesem Bereich. Weitere 5.000,- EUR seien für ein zusätzliches, qualitatives Beratungsangebot im Zuge von familiengerichtlichen Verfahren zu veranschlagen.

Herr Rodriguez fragt an, weshalb laut Änderungsliste für die Planungsstelle 01.10.02 / 5211001 – „Unterhaltung von Grundstücken“ – ein Mehrbedarf von 60.000,- EUR für Gutachten vorgesehen sei. Herr Aschhoff erklärt, dass es sich hierbei z.B. um Gutachten, jedoch auch um Herrichtungsmaßnahmen für Grundstücke z.B. auf der Moorwiese handeln würde.

Anschließend tragen die Fraktionen ihre Änderungsanträge vor.

## **Anträge und Anfragen der CDU-Fraktion**

Herr Gresshoff dankt zunächst der Verwaltung für die gute Kooperation und erklärt, dass die CDU-Fraktion keine Änderungswünsche einbringen wolle.

## **Anträge und Anfragen der SPD-Fraktion**

Auch Herr Rodriguez dankt der Verwaltung für die Beratungen und das Aufstellen des Haushaltsplanes. Im weiteren Verlauf stellt er die vorliegende Änderungsliste der SPD-Fraktion vor.

Produktgruppe	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
03.02.		164-221	Schülerbeförderungskosten Grundschulen
03.03.		222-262	Schülerbeförderungskosten weiterführende und sonstige Schulen

Herr Rodriguez erinnert an den in der Ratssitzung am 21.01.2008 in den Ausschuss für Schule, Kultur und Sport verwiesenen Antrag der FDP-Fraktion, durch den Einbau von Rückhaltesystemen in die Schulbusse die Sicherheit bei der Schülerbeförderung zu erhöhen. Die Ansätze der Schülerbeförderungskosten sollten um die zu erwartenden Kosten der entsprechenden Maßnahmen erhöht werden.

Ansatz 2008 für PG 03.02	204.000,- EUR	Antrag neuer Ansatz 2008	zu ermitteln
Ansatz 2008 für PG 03.03	367.000,- EUR	Antrag neuer Ansatz 2008	zu ermitteln

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
03.02.01	5211001	165	Von-Ketteler-Schule – Tiefe Rillen auf dem Schulhof

Herr Rodriguez erklärt, dass die Maßnahme der Ausbesserung der tiefen Rillen auf dem Schulhof der Von-Ketteler-Schule von 2010 auf 2009 vorgezogen werden sollte. Als Gegenfinanzierung schlage die SPD-Fraktion Einsparungen jeweils bei der Maßnahme 5007.7852001 der Produkte 11.01.02 und 12.01.01 – Kanal- und Straßenerweiterung Innenstadt Nord – vor.

Planung 2009	0,- EUR	Antrag neue Planung 2009	160.000,- EUR
Planung 2010	160.000,- EUR	Antrag neue Planung 2010	0,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
03.02.05	9999.7851001	198	Hochbaumaßnahmen Norbertschule

Herr Rodriguez fragt an, warum der Ansatz für die Unterhaltung der baulichen Anlagen in diesem Jahr lediglich 60.000,- EUR betrage und es für das kommende Jahr keinen Ansatz gäbe, obwohl im Investitionsplan 2007 für die Jahre 2008 und 2009 insgesamt 80.000,- EUR veranschlagt worden seien. Sollte es hierfür keine schlüssige Begründung geben, beantrage die SPD, den Ansatz entsprechend auf 80.000,- EUR zu erhöhen.

Herr Siemer erklärt, dass die angesprochenen Mittel nicht im Finanzplan des Produkts 03.02.05 (S. 198 des Haushaltsplanentwurfs - Ebene der Produkte), sondern im Teilergebnisplan (S. 195) veranschlagt seien. Es läge daher wohl ein Missverständnis vor. So seien neben den jährlich pauschal eingestellten Mitteln in Höhe von 8.500,- EUR im Jahr 2008 60.000,- EUR für die Sanierung der Schülertoiletten, sowie im Jahr 2009 40.000,- EUR für die Sanierung der Duschen im Sportkeller veranschlagt. Insgesamt seien also 100.000,- EUR und somit 20.000,- EUR mehr als im Investitionsplan 2007 ausgewiesen für die Jahre 2008 und 2009 veranschlagt.

Herr Rodriguez bedankt sich für Auskunft und zieht den Antrag zurück.

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
03.03.01	5272001	224	Schülerbeförderungskosten Roncallischule

Herr Rodriguez fragt an, warum in den Planungen für das Haushaltsjahr 2011 noch Schülerbeförderungskosten in Höhe von 10.000,- EUR veranschlagt seien, obwohl die Roncallischule in dem Jahr geschlossen werden sollte. Herr Bürgermeister Predeick und Herr Siemer erklären, dass im Schuljahr 2010/2011 noch zwei 10er-Klassen in der Roncallischule untergebracht seien. Die 10.000,- EUR in 2011 seien also für den Zeitraum 01.01.2011 bis Schuljahresende 2010/2011 eingeplant.

Herr Rodriguez zieht daraufhin den Antrag zurück.

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
03.03.02	2007.7851001	235	Hochbaumaßnahme Theodor- Heuss-Schule

Herr Rodriguez fragt an, ob die bis 2011 eingeplanten Investitionen in Höhe von insgesamt 1,2 Mio. EUR realistisch seien, besonders im Vergleich zu den für das Gebäude der Roncallischule veranschlagten Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen im Zuge des Umzugs der Overbergschule in dieses Gebäude zum Schuljahr 2011/2012. Weiter erklärt er, dass die SPD-Fraktion eine Gesamtkonzeption der Oelder Schullandschaft für wünschenswert erachte. Zum Beispiel sei die Frage zu klären, ob die im Zuge der Umwandlung der Theodor-Heuss-Schule in eine gebundene Ganztagschule zu errichtende Mensa auch von Realschülern und Gymnasiasten genutzt werden könne.

Ansatz/Planungen 2008-2011      Insg. 1.200.000,- EUR      Antrag neue Planungen 2008-2011      zu ermitteln

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
03.03.04	5212001	249	TMG-Aula

Herr Rodriguez erklärt, dass der Zuschauerraum der Aula des Thomas-Morus-Gymnasiums nicht behindertengerecht sei, da Rollstuhlfahrer ihn aufgrund der Stufen auf beiden Seiten nicht erreichen könnten. Da auch andere Kulturbereiche in Oelde wie z.B. die Alte Post nicht barrierefrei seien, solle Rollstuhlfahrern wenigstens hier die Möglichkeit der Teilnahmen an kulturellen Veranstaltungen ermöglicht werden. Hierfür seien entsprechende Mittel im Haushalt zu veranschlagen. Herr Junkerkalefeld erklärt, dass diese Situation bekannt sei und Rollstuhlfahrern derzeit von Mitarbeitern des Forums in den Zuschauerraum der Aula geholfen werde. An einer befriedigenderen Lösung werde jedoch gearbeitet.

Ansatz 2008      0,- EUR      Antrag neuer Ansatz 2008      zu ermitteln

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
05.01.05	5318011	307	Aufwendungen Leistungen Familienpass OGS

Herr Rodriguez erklärt, die SPD-Fraktion sehe in diesem Bereich einen erhöhten Förderungsbedarf, da inzwischen auch die Norbertschule ein offene Ganztagschule sei und daher nun eventuell noch mehr Familien einen Anspruch auf einen Familienpass OGS hätten.

Ansatz 2008      21.000,- EUR      Antrag neuer Ansatz 2008      24.000,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
05.01.05	7318012	307	Aufwendungen Leistungen Familienpass

Herr Rodriguez erklärt, dass sich aufgrund der geplanten und von der SPD gewünschten Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten ein deutlicher Mehrbedarf für den Familienpass ergäbe. Die SPD-Fraktion beantrage daher eine Erhöhung der veranschlagten Mittel um 13.000,- EUR

Ansatz 2008                      4.000,- EUR                      Antrag neuer Ansatz 2008                      17.000,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
06.01.01	5314001	343	Jugendraum in Stromberg

Herr Rodriguez bittet die Verwaltung um die Korrektur eines vermutlichen Druckfehlers. Bei der im Haushaltsplanentwurf dargestellten Aufschlüsselung des Betrages von 271.900,- EUR für „Aufwendungen und Zuweisungen an sonstige öffentliche Bereiche“ seien für die „Förderung der öffentlichen Jugendarbeit“ nur 2.000,- EUR anstatt der im Jugendhilfeausschuss festgelegten 12.000,- EUR (davon 6.000,- EUR für besondere Projekte) ausgewiesen.

Ansatz 2008 / Druckfehler                      2.000,- EUR                      Antrag Ansatz 2008 / Korrektur des Druckfehlers                      12.000,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
06.01.01	5314001	343	Jugendraum in Stromberg

Herr Rodriguez erklärt weiter, dass die SPD-Fraktion zu dieser Haushaltsstelle außerdem beantrage, 20.000,- EUR für einen Durchbruch zur Verbindung der beiden vorhandenen Räume zu veranschlagen. Da die beiden Räume für sich genommen sehr eng seien, sei so mehr Platz für die Jugendlichen zu erreichen. Herr Jathe erklärt, dass diesbezüglich etwas gemacht werden könne, ein Ansatz von 20.000,- EUR jedoch zu hoch sei. Die SPD-Fraktion beantragt daher, Mittel von 12.000,- EUR für diese Maßnahme einzustellen

Ansatz 2008                      0,- EUR                      Antrag neuer Ansatz 2008                      12.000,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
06.01.02	4130101	348	Allgemeine Zuweisungen vom Bund

Herr Rodriguez erklärt, dass laut den Erläuterungen der Beratung des Haushaltes 2007 für diese Haushaltsstelle 12.750,- EUR veranschlagt werden müssten.

Ansatz 2008                      8.625,- EUR                      Antrag neuer Ansatz 2008                      12.750,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
06.01.02	5291001	348	Aufwendungen Schulsozialarbeit

Herr Rodriguez erklärt, dass ein erhöhter Bedarf an schulischer Sozialarbeit bestehe und daher aufgrund einer entsprechenden, im Jugendhilfeausschuss beratenen Vorlage und der Erläuterung der betroffenen Haushaltsstelle im Haushaltsplanentwurf bereits ab Sommer 2008 eine zusätzliche halbe Stelle in diesem Bereich eingerichtet werden müsse. Ab dem 01.01.2009 solle hierfür eine ganze Stelle eingerichtet werden. Der erhöhte Bedarf ergäbe sich aufgrund der Zusammenlegung der Hauptschulen



sowie der Erweiterung zur Ganztagschule.

Herr Jathe erklärt, dass zwischen kommunaler und vom Land finanzierter Sozialarbeit, aus welchen sich die Schulsozialarbeit zusammensetze, zu unterscheiden sei. Für die kommunale Sozialarbeit gäbe es derzeit eine halbe Stelle im Jugendamt. Da die Umstellung der Theodor-Heuss-Schule zur Ganztagschule nach und nach erfolge, sei derzeit noch keine weitere Ganztagsstelle in der Sozialarbeit nötig. Eventuell sei vorübergehend ein „Springer“ einzusetzen. Bezüglich der schulischen Sozialarbeit werde es im Februar einen Termin bei der Bezirksregierung aufgrund eventueller Zuschüsse geben. Derzeit würden verschiedene Sozialarbeiter durch verschiedene, von der Arbeitsagentur geförderte Projekte den Bedarf einer vollen Stelle an der Theodor-Heuss-Schule abdecken. Dies würde den momentanen Anforderungen genügen. Herr Rodriguez entgegnet, dass der Ausbau der Schulsozialarbeit im Jugendhilfeausschuss festgehalten worden sei. Herr Jathe erklärt, dass unter Ausbau die Fortsetzung der Sozialarbeit zu verstehen sei, da das o.g. Förderprojekt des Arbeitsamtes auslaufen würde, aber fortgesetzt werden solle. In Abstimmung mit den Schulleitungen werde es auf jeden Fall eine bedarfsgerechte Förderung geben.

Ansatz 2008                      25.000,- EUR                      Antrag neuer Ansatz 2008                      37.500,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
09.01.03	5291001	440	Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen

Herr Rodriguez erklärt, die SPD-Fraktion beantrage die Einstellung von Mitteln für eine bauliche Begutachtung des Gebäudes der Erich-Kästner-Schule unter Berücksichtigung einer Weiternutzung als Bildungszentrum. Zudem solle die Gestaltungssatzung gestrichen werden. Da in der von der Verwaltung vorgelegten Änderungsliste jedoch unter der Planungsstelle 01.10.02 6500.7822001 ein Mehrbedarf von 225.000,- EUR für den Erwerb der Fläche der Erich-Kästner-Schule veranschlagt sei, würde die SPD ihren Änderungsantrag zurückziehen. Herr Bürgermeister Predeick erklärt, dass sich diese Mittel auf den Ankauf der Fläche für das neue Gebäude der Erich-Kästner-Schule bezögen, nicht auf einen Kauf des derzeitigen Gebäudes. Da dieses Objekt weiterhin dem LWL gehöre, bleibe abzuwarten, wie dieser damit verfahren wolle. Herr Rodriguez erklärt, in diesem Falle den Antrag aufrecht erhalten zu wollen.

Ansatz 2008                      39.000,- EUR                      Antrag neuer Ansatz 2008                      49.000,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
11.01.02	5291001	497	ZAP Oelde

Herr Rodriguez bittet, die Relevanz des Zentralen Abwasserplans und eine mögliche Verschiebung um ein Jahr zu prüfen. Herr Mülders erklärt, dass der ZAP an sich abgeschlossen sei. Jedoch seien durch neue Anforderungen der Bezirksregierung ständig Änderungen notwendig. Herr Bürgermeister Predeick unterstreicht, dass es sich hierbei um die Fortschreibung einer Daueraufgabe handle.

Ansatz 2008                      20.000,- EUR                      Antrag neuer Ansatz 2008                      0,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
11.01.02	5007.7852001	507	Kanalerweiterung Innenstadt Nord
12.01.01	5007.7852001	529	Straßenerweiterung Innenstadt Nord

Herr Rodriguez erklärt, dass die SPD-Fraktion keine Notwendigkeit für die Umsetzung der Maßnahmen im bisher geplanten Umfang erkenne. Zudem seien im Investitionsplan 2007 die Ansätze für diese Maßnahmen mehr als 700.000,- EUR geringer gewesen.

Kanal-Ansatz 2008/09                      655.000,- EUR                      Antrag neuer Ansatz 2008/09                      523.000,- EUR

Straßen-Ansatz 2008/09 1.513.500,- EUR Antrag neuer Ansatz 2008/09 890.000,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
15.01.01	5318010	588	Citymanager

Herr Rodriguez erklärt weiter, dass die im Haushaltsplanentwurf für diese Haushaltsstelle festgehaltene Begründung „Zuschuss an Gewerbeverein für Citymanager“ geändert werden sollte. Zudem sollten die Gesamtkosten überprüft werden, da der jetzige Ansatz für eine nicht mal ganze Stelle zu hoch erscheine. Herr Bürgermeister Predeick erklärt, dass es sich bei dem ausgewiesenen Betrag um Bruttokosten handle. Der Gewerbeverein würde zudem einen Zuschuss von bis zu 30.000,- EUR für Sach- und Personalkosten geben. Dieser Betrag sei im gleichen Teilergebnisplan auf der Ertragsseite unter „Zuschüsse für laufende Zwecke von privaten Unternehmen“ veranschlagt.

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
16.01.01	5517001	594	Zinsen an private Unternehmen

Herr Rodriguez weist darauf hin, dass der Ansatz des HHJ 2007 falsch dargestellt sei. Richtigerweise müssten hier 1.182.000,- EUR veranschlagt werden.

Herr Rose erklärt, dass teilweise versucht worden sei, alte Haushaltsstellen zu übernehmen. Dies sei nicht immer gelungen.

Eine Übersicht der Anträge sowie weitere Anfragen der SPD-Fraktion sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

## Anträge und Anfragen der FWG-Fraktion

Herr Knop bedankt sich bei der Verwaltung für die Beantwortung von Fragen zum NKF sowie konkret zum Haushaltsplan und stellt die folgenden Änderungsanträge der FWG-Fraktion vor.

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
03.01.01	5279001	158	Modellprojekt: Qualitätsoffensive Schulen

Herr Knop erklärt, dass die FWG-Fraktion eine Reduzierung der für diese Maßnahme eingeplanten 50.000,- EUR auf 20.000,- EUR beantrage, da in den letzten Jahren viele Anschaffungen nicht projektbezogen gewesen seien.

Ansatz 2008 50.000,- EUR Antrag neuer Ansatz 2008 20.000,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
05.01.05	7318012	307	Aufwendungen Leistungen Familienpass

Herr Knop erklärt, dass auch die FWG-Fraktion eine Erhöhung dieses Ansatzes beantrage.

Ansatz 2008 4.000,- EUR Antrag neuer Ansatz 2008 15.000,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
06.01.02	5291001	348	Aufwendungen Schulsozialarbeit

Herr Knop erklärt, dass die FWG-Fraktion genau wie SPD-Fraktion eine Erhöhung des Ansatzes um 12.500,- EUR beantrage.

Ansatz 2008                      25.000,- EUR                      Antrag neuer Ansatz 2008                      37.500,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
12.01.01	5007.7852001	529	Straßenerweiterung Innenstadt Nord

Herr Knop erklärt, dass dieser Ansatz zu kürzen sei. Kosten für den Bau eines Kreisverkehrs vor dem Rathaus sowie für eine Erneuerung des dortigen Parkplatzes sollten herausgerechnet werden.

Ansatz 2008/09                      1.513.500,- EUR                      Antrag neuer Ansatz 2008/09                      zu ermitteln

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
01.10.02	6500.7822001	90	Erwerb von Wohnbaugrundstücken

Weiterhin fragt Herr Knop an, warum für Auszahlungen für den Erwerb von Wohnbaugrundstücken 860.000,- EUR veranschlagt seien (01.10.02/6500.7822001; S.90). Herr Aschhoff erklärt, dass es sich hierbei größtenteils um Verpflichtungen aus Altverträgen handle und ein geringer Teil für den Grunderwerb von Flächen für Wasserwirtschaft (z.B. Regenrückhaltung) vorgesehen sei.

## Anträge und Anfragen der FDP-Fraktion

Frau Wieschmann bedankt sich zunächst bei der Verwaltung für die Unterstützung und Erklärungsbereitschaft zum neuen Haushaltsrecht und -plan. Anschließend erläutert sie die Änderungsanträge der FDP-Fraktion.

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
02.02.01	0001.7831001	112	Rettungsfahrzeug
02.02.01	0002.7831001	112	Rettungsfahrzeug

Frau Wieschmann fragt an, ob die o.g. Fahrzeuge gekauft oder geleast werden sollen. Herr Jathe erklärt, dass Kauf und Leasing alternativ ausgeschrieben werden würden und nach Eingang der Angebote entschieden werden würde, welche Alternative wirtschaftlicher sei.



## Anträge und Anfragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Zunächst bedankt sich Frau Köß bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit im Zuge der Haushaltsplanaufstellung. Sie betont, dass durch die Zielformulierungen eine größere Transparenz der veranschlagten Mittel gegeben sei.

Anschließend trägt Frau Köß die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
01.03.01		16	Personalaufwendungen Gleichstellung

Frau Köß erklärt, die Fraktion B90/Die Grünen sehe den Bedarf der Erhöhung der Arbeitszeit auf eine halbe Stelle.

Ansatz 2008                      23.439,- EUR                      Antrag neuer Ansatz 2008                      31.439

Produktgruppe	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
01.10		80-91	Energiewirtschaftliche Maßnahmen

Frau Köß erklärt, dass die Fraktion B90/Die Grünen Mittel in Höhe von 10.000,- EUR für außerordentliche Maßnahmen, die die Wirtschaftlichkeit der Raumnutzung in Bezug auf Energieverbrauch und -effizienz verbessern.

Ansatz 2008                      0,- EUR                      Antrag neuer Ansatz 2008                      10.000,- EUR

Produktbereich	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
03	5272001	157-262	Schülertransport

Die Fraktion B90/Grünen beantragt eine Erhöhung der für den Schülertransport veranschlagten Mittel um 200.000,- EUR, um einen sichereren Schülertransport mit Sitzplatzgarantie für jedes Kind zu erreichen.

Ansätze 2008 für PG 03.02  
und 03.03 insgesamt                      571.000,- EUR                      Antrag neuer Ansatz  
2008                      771.000,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
03.01.01	5279001	158	Modellprojekt: Qualitätsoffensive Schulen

Frau Köß erklärt, dass die Fraktion B90/Die Grünen hier einen Minderbedarf von 20.000,- EUR sehe.

Ansatz 2008                      50.000,- EUR                      Antrag neuer Ansatz 2008                      30.000,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
06.03.01	5314001	390-391	Sprachförderung für türkische Kinder

Frau Köß erklärt, dass die beantragte Einsparung bei der Qualitätsoffensive Schule den Zuschuss für die Sprachförderung bei den „Aufwendungen für Zuweisungen an sonstige öffentliche Bereiche“ von 12.000,- EUR auf 32.000,- EUR erhöhen solle.

Herr Knop fragt an, ob sich die Fördermaßnahmen nur auf türkische Kinder beziehen würde, andere Kinder mit Migrationshintergrund jedoch nicht erfasst würden. Frau Köß erklärt, dass sich der Antrag der Fraktion B90/Die Grünen auf das derzeitige Angebot beziehe. Herr Kröger erklärt, dass das bisherige

Förderprogramm auslaufen werde und anschließend nach dem neuen KiBiz gefördert werde. Frau Wickenkamp habe zudem im Jugendhilfeausschuss erläutert, dass Migrantenkinder und nicht nur konkret türkische Kinder gefördert werden sollten.

Ansatz 2008 12.000,- EUR Antrag neuer Ansatz 2008 32.000,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
12.03.01		545-549	Bau einer überdachten Bushaltestelle in Sünninghausen

Frau Köß beantragt im Namen der Fraktion B90/Die Grünen, in Sünninghausen eine überdachte Bushaltestelle zu bauen und verweist in diesem Zusammenhang auch auf die Sitzung des Bezirksausschusses Sünninghausen vom 01.03.2007.

Ansatz 2008 0,- EUR Antrag neuer Ansatz 2008 7.000,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
12.03.01		545-549	Wiedereinstellung des Angebotes eines Anrufsammeltaxis
12.03.01		545-549	Wiedereinstellung des Angebotes eines Nachtbusses

Frau Köß erklärt, dass durch die Bereitstellung von Sammeltaxis und Nachtbussen die Mobilität der Bürger sichergestellt und zudem die Umwelt geschont und damit kommunaler Klimaschutz betrieben werde. Daher beantrage die Fraktion B90/Die Grünen die Wiedereinstellung o.g. Nahverkehrsangebote.

Ansatz 2008 Sammeltaxi 0,- EUR Antrag neuer Ansatz 2008 11.000,- EUR  
 Ansatz 2008 Nachtbus 0,- EUR Antrag neuer Ansatz 2008 30.000,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
14.01.01		581-586	Einrichtung eines regelmäßigen Energieberatungsangebotes für Bürgerinnen und Bürger

Frau Köß erklärt, dass durch regelmäßige Energie-Beratung der Oelder Bürgerinnen und Bürger die kommunale CO<sup>2</sup>-Emission reduziert werden könne.

Ansatz 2008 0,- EUR Antrag neuer Ansatz 2008 10.000,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
14.01.01		581-586	Begleitende Öffentlichkeitsarbeit für die Energieberatung (Flyer/Anzeigen etc.)

Ansatz 2008 0,- EUR Antrag neuer Ansatz 2008 2.000,- EUR

Produkt	Maßnahme / HH-Stelle	Seite	Benennung
14.01.01		581-586	Projekt: Förderung von besonders energiesparenden Neubau-Projekten im Bereich des Baugebietes „Zum Sundern“

Frau Köß erklärt, dass gemäß des in der Ratssitzung vom 03.12.2007 in den Ausschuss für Umwelt und Energie verwiesenen Antrags der Fraktion B90/Die Grünen besonders energiesparende Neubau-Projekte gefördert werden müssten. Die hierfür zu veranschlagenden Mittel sollten jedoch vorbehaltlich der entsprechenden Entscheidung des Ausschusses für Umwelt und Energie sowie des Rates mit einem Sperrvermerk versehen werden.

Ansatz 2008      0,- EUR                      Antrag neuer Ansatz 2008      30.000,- EUR

Abschließend beantragt Frau Köß, als weiteres Ziel des Produktes 14.01.01 (Umweltschutz) die „Reduzierung der kommunalen CO<sup>2</sup>-Emmission“ im Haushaltsplan festzuhalten.

Eine Übersicht der Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

### **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Oelde nimmt Kenntnis von den Änderungsanträgen der Fraktionen.

#### **5. Förderrichtlinie der Stadt Oelde zu Vergabe freiwilliger kommunaler Finanzausschüsse an die Oelder Schulen Vorlage: B 2007/400/1138**

Herr Jathe erklärt:

Am 23.10.2007 trafen sich Vertreter aller Ratsfraktionen zu einer Arbeitskreissitzung und haben gemeinsam mit der Verwaltung die wesentlichen Eckpunkte für die künftige Ausgestaltung einer freiwilligen finanziellen Förderung von Projekten der Oelder Schulen im Rahmen der "Qualitätsoffensive Schule" erarbeitet.

Die Verwaltung hat die Arbeitsergebnisse dieses Arbeitskreises zusammengetragen und einen Entwurf der Förderrichtlinie erstellt. Dieser Entwurf wurde in der Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport am 04.12.2007 ausführlich diskutiert. Mehrheitlich wurde die in der Anlage beigefügte Förderrichtlinie durch den Ausschuss beschlossen.

Insbesondere wurde festgelegt, dass die Anträge zunächst in einer nichtöffentlichen Sitzung der Vergabekommission beraten werden. Anschließend stimmt der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport über die Anträge der einzelnen Schulen in öffentlicher Sitzung ab.

Herr Knop erklärt, dass die FWG-Fraktion diesem Entwurf nicht zustimmen werde, da sie mit einer Beratung in einem nichtöffentlichen Gremium nicht einverstanden sei. Eine öffentliche Beratung im Schulausschuss würde die größtmögliche Transparenz der Entscheidung ermöglichen. Die Einrichtung einer Vergabekommission bedeute zudem ein Mehr an Verwaltungsaufwand.

Herr Bürgermeister Predeick erklärt, dass die Vergabekommission lediglich Beschlüsse vorbereiten, sie aber nicht selber treffen würde und könne. Die Entscheidung selbst fiele im Schulausschuss, fährt Herr Bürgermeister Predeick fort.

Herr Knop betont, dass die FWG-Fraktion Vorbesprechungen nicht kategorisch ablehne. Dies sei jedoch der Fall, wenn sie unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfänden. Wenn der Schulausschuss nur noch vorgelegte Beschlussvorschläge beschließen müsse, sei für die Öffentlichkeit nicht erkennbar, wie diese Beschlüsse zustande gekommen seien.

Frau Köß erklärt, dass es sich bei den Förderrichtlinien um eine Qualitätsmaßnahme der CDU handle, welche in dieser Form jedoch dem Bedarf nicht entsprechen würde.

Herr Bäumker erwidert, dass dieses Thema im Schulausschuss bereits ausführlich diskutiert worden sei. Zunächst solle nichtöffentlich beraten werden, da es auch um fiskalische Belange ginge. Einer späteren Diskussion in öffentlicher Sitzung stehe dies nicht entgegen.

Herr Rodriguez betont, dass Transparenz noch keinem Rat geschadet habe. Wenn die Haushaltssatzung öffentlich diskutiert werden könne, dann sollte dies doch erst Recht für die Förderrichtlinien gelten können.

Herr Bürgermeister Predeick erklärt, dass die Diskussion schade sei und für die gute Chance, etwas für die Oelder Schulen zu tun, schädlich sein könne. Es gehe in der Diskussion scheinbar vor allem um parteipolitische Dinge und nicht um die Sache an sich. Daher ziehe er die Vorlage zurück, um zunächst noch einmal interfraktionell über die Förderrichtlinien zu diskutieren.

## **6. Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 17 + 3 "Heidekamp"** **Vorlage: B 2007/610/1168**

Herr Hauke erklärt:

Mit dem Schreiben vom 11. Dezember 2007 hat der Architekt E. Hilker im Namen der Ventilatorenfabrik Oelde GmbH den Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 17 + 3 der Stadt Oelde gestellt (Anlage 1).

Die Änderungen betreffen das Grundstück Flur 147, Flurstück 297 in der Gemarkung Oelde (Anlage 2). Folgende Maßnahmen werden im Einzelnen beantragt:

1. Umwidmung der jetzigen Bolzplatz-/Spielplatzfläche in die Nutzung Industriegebiet mit den Festsetzungen entsprechend der nördlich angrenzenden Fläche.
2. Vergrößerung der überbaubaren Flächen auf das Flurstück 297 wie folgt: Verlängerung der Baugrenzen an der Ost- und Westseite aus der nördlich angrenzenden Fläche bis an die südliche Grenze mit einem Abstand von 5,00 m. An der südlichen Grenzen Verlauf der Baugrenzen mit einem Abstand von 5,00 m.

Der Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes wird begründet mit dem geplanten Verkauf des Flurstücks 297 von der Stadt Oelde an die Ventilatorenfabrik Oelde. Dieser Ankauf wird aufgrund der notwendigen baulichen Erweiterung entsprechend der betrieblichen Anforderungen anvisiert. Der Schutz der umliegenden Wohnbebauung ist im Verfahren zu klären.

### **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde einstimmig:

#### **A) Einleitung des Verfahrens**



Der Rat der Stadt Oelde stimmt dem Antrag vom 23. März 2007 zu und beschließt gem. § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit §§ 1 Abs. 8 i. d. F. der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316) das Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes Nr. 17 + 3 „Heidekamp“ einzuleiten. Das Planverfahren erhält die Bezeichnung:

### **6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. Nr. 17 + 3 „Heidekamp“.**

Die geplanten Änderungen betreffen Festsetzungen zur Art der Nutzung der Flächen und zum Umfang der überbaubaren Flächen.

Der Änderungsbereich liegt im Südwesten des Oelder Stadtgebietes, westlich und nördlich der Straße „Holtkamp“ und umfasst das Grundstück Flur 147, Flurstück 297.

Der Geltungsbereich ist dem beiliegenden Übersichtsplan zu entnehmen (siehe Anlage 2).

#### **B) Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB**

Gemäß § 3 Abs. 1 BauGB ist die Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planungen zur Aufstellung des Bebauungsplanes möglichst frühzeitig zu unterrichten.

#### **C) Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB**

Gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sind die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange über die allgemeinen Ziele und Zwecke und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planungen zur Aufstellung des Bebauungsplanes zu unterrichten und zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufzufordern.

Die Beschlüsse zu A) und B) sind gem. § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

- 7. Interregionales Gewerbe- und Industriegebiet der Kommunen Herzebrock-Clarholz, Oelde und Rheda-Wiedenbrück,  
hier: 2. Bauabschnitt - Bebauungsplan Nr. 105 "AUREA" der Stadt Oelde**
- A) Einleitungsbeschluss**  
**B) Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit**  
**C) Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden**  
**Vorlage: B 2007/610/1169**

Herr Hauke erklärt:

Die Städte Rheda-Wiedenbrück und Oelde sowie die Gemeinde Herzebrock-Clarholz planen gemeinsam das Interregionale Gewerbe- und Industriegebiet „AUREA“ (ehem. „Marburg“). Grundlegendes Ziel ist die langfristige Sicherung und Stärkung des regionalen Wirtschaftsraumes. Die Entwicklung hat die von den Kommunen gegründete **AUREA DAS A 2 WIRTSCHAFTSZENTRUM** GmbH übernommen, die das Gebiet auch unter diesem Namen erschließen und vermarkten wird.

Das Plangebiet liegt nördlich der Bundesautobahn (BAB) A 2 und ist in den Gebietsentwicklungsplänen (GEP, künftig „Regionalpläne“) Detmold und Münsterland beidseits der Stadtgrenze zwischen Rheda-Wiedenbrück und Oelde als Interregionaler Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich (GIB) dargestellt worden. Die aktuelle Entwicklung umfasst den gesamten Bereich zwischen BAB A 2, Rentruper Straße (K 6) und Oelder Straße (K 12) und hat eine Größe von knapp 105 ha. Langfristig könnte gemäß GEP Münsterland nördlich der K 12 bis zur Bahnstrecke Dortmund - Hannover eine zusätzliche

Flächenreserve von fast 50 ha Größe erschlossen werden. Im Endausbau ergibt sich damit ein Gesamtvolumen von rund 150 ha.

Die Planung „AUREA“ beinhaltet somit sowohl die Flächen in Rheda-Wiedenbrück mit ca. 64 ha (= modifizierter Bauabschnitt 1) als auch die Flächen in Oelde mit ca. 42 ha (= künftiger Bauabschnitt 2). Für dieses Plangebiet, das von Osten nach Westen erschlossen wird, wurden auf Grundlage der fortgeschriebenen und wiederholt in den Gremien erörterten städtebaulichen Rahmenplanung bisher folgende Bauleitplanverfahren durchgeführt und abgeschlossen:

**a) Stadt Rheda-Wiedenbrück:**

- Die **62. Flächennutzungsplan-Änderung** (FNP-Änderung) mit einer Größe von ca. 64 ha umfasst den Bereich zwischen der A 2 und den Kreisstraßen K 6 und K 12 bis zur Stadtgrenze zwischen Rheda-Wiedenbrück und Oelde. Diese wurde durch Ratsbeschluss vom 18.12.2006 festgestellt und ist im Frühjahr 2007 wirksam geworden.
- Der **Bebauungsplan Nr. 369** überplant im Osten an der BAB-Auffahrt ca. 25 ha und hat die Voraussetzungen für die Erschließung des dort zunächst geplanten ersten Teilabschnittes geschaffen. Der Satzungsbeschluss wurde am 18.12.2006 gefasst. Die Bekanntmachung erfolgte nach Genehmigung der 62. FNP-Änderung.

**b) Stadt Oelde:**

- Die **8. FNP-Änderung** der Stadt Oelde umfasst die ca. 42 ha auf Oelder Gemarkung. Der Fachausschuss hat am 19.11.2007 über die Ergebnisse des Verfahrens beraten, der Rat hat am 03.12.2007 den Feststellungsbeschluss gefasst. Auf die umfangreiche Beratungsvorlage Nr. B 2007/610/1132 mit weiteren Aussagen zur Gebietsentwicklung wird Bezug genommen.

Zur Erschließung des neuen Standortes ist u.a. derzeit eine zusätzliche Autobahnanschlussstelle im Bau.

Der AUREA GmbH liegen konkrete Grundstücksanfragen in erheblichem Umfang sowie weitere Flächenwünsche vor. Diese überschreiten bei weitem das bisher verfügbare Flächenangebot von 18,4 ha netto in dem bisher rechtskräftig durch den Bebauungsplan Nr. 369 überplanten östlichen Bauabschnitt an der K 6 in Rheda-Wiedenbrück. In der Vermarktungsphase haben sich zudem Wünsche von Bauinteressenten ergeben, nach denen die Teilflächen im mittleren und im westlichen Plangebiet größer als bisher vorgesehen zugeschnitten werden sollten. Aus diesen Gründen und aufgrund der tiefbautechnischen Planungen hat sich eine Verschiebung der Haupteerschließungsachse nach Süden und die Fortschreibung des Rahmenplan-Konzeptes ergeben. Daher hat die Stadt Rheda-Wiedenbrück im Oktober 2007 das Bebauungsplan-Verfahren Nr. 369/2 „AUREA“ für den gesamten Planbereich von 64 ha eingeleitet. Die Verfahrensschritte gemäß §§ 2 Abs. 2, 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB werden Anfang Januar abgeschlossen, der Satzungsbeschluss soll im Frühjahr 2008 gefasst werden.

Wie bereits in der Beratung über die **8. FNP-Änderung** der Stadt Oelde im November/ Dezember 2007 angedeutet, konkretisieren sich weitere Anfragen von Betrieben. Vor diesem Hintergrund wird vorgeschlagen, nunmehr auch das Verfahren für die Aufstellung des **Bebauungsplanes Nr. 105 „AUREA“** für den 2. Bauabschnitt auf dem Gebiet der Stadt Oelde einzuleiten. Neben den zu prüfenden planerischen Fragen können durch die frühzeitige Einleitung dieses Verfahrens die Zeitplanung für das Gesamtprojekt und die Grundstücksvermarktung flexibler gestaltet werden.

Die grundlegende Umweltprüfung für das Gesamtgebiet mit 105 ha wurde bereits im Zusammenhang mit den FNP-Änderungen und mit dem Bebauungsplan Nr. 369 der Stadt Rheda-Wiedenbrück durchgeführt (Ing.-Büro Kortemeier und Brokmann, Herford). Diese Umweltprüfung wird im Planverfahren für den Bebauungsplan Nr. 105 „AUREA“ der Stadt Oelde sachgerecht fortgeschrieben.

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung mehrheitlich das Verfahren einzuleiten und folgende Beschlüsse zu fassen:

**A) Einleitungsbeschluss**

Der Rat der Stadt Oelde beschließt gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316) das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 105 „AUREA“ der Stadt Oelde einzuleiten. Durch diesen Bebauungsplan soll der Planbereich zur Sicherung und zur Entwicklung der regionalen Wirtschaftsstruktur in den beteiligten Kommunen Herzebrock-Clarholz, Rheda-Wiedenbrück und Oelde als Teil des Interregionalen Gewerbe- und Industriegebietes „AUREA“ (2. Bauabschnitt) entwickelt werden. Die Flächen des Bebauungsplanes sollen überwiegend als Gewerbe- und Industriegebiet ausgewiesen werden. Der Geltungsbereich umfasst insgesamt ca. 42 ha.

Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung

**Bebauungsplan Nr. 105 „AUREA“ der Stadt Oelde.**

Der Änderungsbereich liegt am östlichen Rand des Stadtgebietes südlich der Wiedenbrücker Straße ist und auch dem beiliegenden Übersichtsplan zu entnehmen.

[siehe Anlage 1]

Der Einleitungsbeschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 105 „AUREA“ der Stadt Oelde ist gem. § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

**B) Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit**

Gemäß § 3 Abs. 1 BauGB ist die Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planungen zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 105 „AUREA“ der Stadt Oelde möglichst frühzeitig zu unterrichten.

**C) Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden**

Gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sind die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange über die allgemeinen Ziele und Zwecke und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planungen zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 105 „AUREA“ der Stadt Oelde zu unterrichten und zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufzufordern.

**8. Verschiedenes****8.1. Mitteilungen der Verwaltung**

Herr Junkerkalefeld berichtet, dass das Konzert von Sarah Connor am 09.08.2008 auf der Sparkassenwaldbühne ausverkauft sei. Zudem freue er sich, am 06.06.2008 mit DJ Ötzi einen frischgebackenen zweifachen Echo-Gewinner in Oelde begrüßen zu dürfen.

## 8.2. Anfragen an die Verwaltung

Herr Knop fragt, warum die Bäume gegenüber des Bahnhofs gefällt worden seien und ob eine Ersatzbepflanzung angedacht sei.

Herr Reinhold Becker erklärt, dass die Ahornbäume aufgrund ihrer Lage und durch Straßenbaumaßnahmen beschädigter Wurzeln abgegangen seien. Die gefällten Bäume würden auf jeden Fall durch für diese Lage geeignetere Bäume ersetzt.

Herr Knop fragt weiter an, ob das im Februar zu erwartende Hochwassergutachten schon eingetroffen sei. Herr Bürgermeister Predeick und Herr Hauke erklären, dass dieses täglich eingehen müsse. Zudem seien bereits vorsorglich finanzielle Mittel zum Hochwasserschutz für die Jahre 2008 bis 2011 vorgesehen. Welche Maßnahmen konkret mit diesen Mitteln zu ergreifen seine, werde aus dem Gutachten hervorgehen, erklärt Herr Bürgermeister Predeick abschließend .

Herr Bäumker erklärt, dass der Bürgersteig an der Bushaltestelle am Weitkampweg aufgrund des Schülertransports morgens überlastet sei. Zudem regt er an, eine überdachte Bushaltestelle zu erstellen.

Weiter erklärt Herr Bäumker, dass die notwendig gewordenen drastischen Einsparungen der evangelischen Kirchengemeinde und die damit verbundene Schließung des Bonhoeffer-Hauses traurig sei. Mit dem Gemeindehaus gehe eine kulturelle Einrichtung verloren. Herr Bäumker bittet daher die Verwaltung, mögliche unterstützende Maßnahmen zu prüfen.

Herr Bürgermeister Predeick erklärt, die Anregungen des Herrn Bäumker gerne aufzunehmen und weitere Maßnahmen prüfen zu lassen.

Helmut Predeick  
Vorsitzender

Johannes Stürer  
Schriftführer